



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

XVII/11 -- 13. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 880

Nur veröffentlichten in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

2	<u>Die eingemauerte Idee</u> Berlin - Lehrstätte des Freiheitskampfes Von Kurt Mattick, MdB Stellvertretender Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der SPD	81
3	<u>CDU-Meyers kommt zu spät</u> Von Hans Wandenbergh	43
4	<u>Die Kunst dem Volke</u> Zwölfter Kunstkalender der Arbeiterwohlfahrt	32
6	<u>Was wird aus Albanien?</u> Spekulationen um Balkanentwicklung Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Karay Schleicher	58

* * *

* *

Die eingemauerte Idee

Von Kurt Mattick, MdB,

stellvertretender Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der SPD

Die Ausweitung des kommunistischen Regimes war bisher in Europa nur durch Kriege möglich. Adolf Hitler hatte den Weg bereitet. Die Hoffnung Manins, dass der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion diesem ideologisch den Weg in der Welt freimachen würde, hat sich nirgends erfüllt. Der Versuch, über die sowjetischen Grenzen hinaus Europa nach dem Kriege ideologisch zu gewinnen, ist gescheitert. Im letzten Jahre wurde die Sowjetunion sogar gezwungen, die eigene Idee zum Schutze der eroberten Gebiete einzuzusammern.

Die Mauer in Berlin zum Sinnbild sowjetischer Politik geworden, ist symbolisch für die Grenze zwischen der Sowjetunion und dem freiheitlichen Westen geworden: eine Grenze zwischen Freiheit und Terror. Das würden die Kommunisten eventuell noch verkraften. Dass sie aber ausserdem zur Grenze zwischen sozialem Wohlstand und sozialer Schande geworden ist, wird gleichzeitig dem freiheitlichen Westen helfen, die Reste kommunistischer Infiltration in seinen Gebieten zu beseitigen. Dass die Gasse heute nicht viel stärker im Zweifrontenkrieg zwischen OAS und kommunistischer Partei verrieben wird (wie es der Weimarer Republik erging), verdankt er und Frankreich der Auseinandersetzung in Deutschland. Ohne den Widerstand in Berlin - der zur Mauer geführt hat - würden die Kommunisten in Frankreich gefährlich stärker sein.

So wurde Berlin zur Volkstadt des Antikommunismus; da die Kommunisten in dieser Stadt die letzten Reste ihrer Scheinheiligkeit verlieren haben. So bitter für alle Deutschen die Mauer ist, so unerbittlich das Leben für die 16 Millionen hinter der Mauer ist, durch die Mauer ist Berlin zu einer Pilgerstadt geworden, und wir sollten alles dazu tun, diese Entwicklung zu fördern.

Berlin ist zur Pilgerstadt für alle Menschen geworden, die sich in Praxis von der Differenz zwischen Kommunismus und freiheitlicher Welt überzeugen wollen. Die Mauer sehen und einen Blick über die Mauer werfen oder sogar einen Blick hinter die Mauer tun, wie es den Westdeutschen und den ausländischen Besuchern noch möglich ist. -2-

13. Januar 1962

beseitigt die letzten Zweifel an der Erkenntnis, dass das bolsche-
wistische System in Europa eine Verderbnis für die Menschen ist,
auch bei denen, die sich bisher an dieser Tatsache vorbeidrücken
wollten. In den ersten Wochen dieses neuen Jahres wimmelte es in West-
berlin von Besuchern aus Westdeutschland und dem Ausland. Als ersten
ausländischen Besucher, dessen Kommen mehr als persönliche Bedeutung
hat, begrüßten wir den Oppositionsführer im britischen Unterhaus, un-
seren Freund Hugh Gaitskell. Er fragte uns, warum wir an der ganzen
Mauer entlang keine Tribüne bauen, die so hoch ist, dass alle Men-
schen einen weiten Blick in das Grauen des Kommunismus tun können. Er
sagte uns, dass diese Mauer der Unmenschlichkeit dazu beitragen wird,
die Kräfte aufzurütteln, die in dieser Welt des 20. Jahrhunderts be-
ruhen sind, den Sowjetimperialismus zu überwinden.

Gaitskell fuhr nach Hause mit dem Bestreben, möglichst viele Mit-
glieder seiner Unterhausfraktion nach Berlin zu schicken. Er ist über-
zeugt davon, dass die Reste der Zweifler in seiner Fraktion in Ber-
lin ihre Zweifel verlieren werden.

Wir begrüßten den englischen Ausserminister Lord Home. Er war
entsetzt von dem, was er in dieser Stadt erlebte. "Ich hoffe zuver-
sichtlich, dass die Russen rechtzeitig den tödlichen Schaden erkennen,
den die Iaren eigenen Ansehen zufügen, indem sie im 20. Jahrhundert
grosse Bevölkerungsteile hinter Gefängnismauern und Gitter sperren.
Eines Tages werden diese stalinistischen Überreste den gleichen Weg
gehen, wie andere mittelalterliche Methoden."

Anfang des Jahres tagte in Berlin der Deutsche Städtetag. Neben
fast allen Bürgermeistern der Bundesrepublik begrüßten wir viele
Gäste aus dem europäischen Ausland, aber auch Gäste aus anderen Erd-
teilen. Es war erfreulich, dass bei der Auseinandersetzung auf die-
ser Tagung der Bürgermeister von Coventry, der englischen Stadt, die
als erste von deutschen Sturzkampfliegern zerstört wurde, und der
versuchte, die Mauer zu entschuldigen, nicht ein deutscher Bürger-
meister antworten musste, sondern Holländer und Skandinavier ihn wi-
dersprachen. Die Holländer haben wahrlich - und wir müssen das akzep-
tieren - noch grosse Remonungen gegenüber Deutschland. Das Erlebnis in
Berlin trug dazu bei, einen Teil dieser Voreingenommenheit abzubauen.
Der Bürgermeister von Coventry wird in nächster Zeit nach Dresden feh-
ren. Zwischen diesen beiden Städten gibt es eine nach dem Kriege ge-
bildete Partnerschaft, die den Bürgermeister von Coventry aus seinem
Gefühl heraus zur Treue verpflichtete.

Wir wissen heute, dass selbst dieser Bürgermeister seine Dresde-
ner Reise nach dem Berlinbesuch mit anderen Verpflichtungen antreten wird.
Die SPD wird grosse Schwierigkeiten haben, Gespräche mit ihm zu ord-
nen und ihn im übrigen so zu isolieren, dass sein Besuch in Dresden
keine Belastungen grösserer Art für sie hinterlässt.

Eben diesen namentlich genannten waren unzählige Ausländer Gäste
in dieser Stadt Berlin und alle versprochenen sich von uns mit der
Versicherung, dafür zu sorgen, dass aus ihren Ländern viele viele Men-
schen in nächster Zeit nach Berlin kommen werden. Berlin ist zur Her-
kunft des Freiheitskampfes geworden.

CDU-Meyers kommt zu spät

Von Hans Vandenberg

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Meyers überraschte kürzlich die Öffentlichkeit mit der Forderung nach einem "Energieplan". Eine Überraschung ist das deshalb, weil CDU-Mann Meyers "schon" jetzt - im Jahre 1962 - auf diese Idee kommt. Als Landesvater hätte er inmerhin schon seit 1958 Veranlassung gehabt, sich mit dem Energieproblem oder besser gesagt, mit der Lage im Steinkohlenbergbau, ernsthaft zu beschäftigen.

Vor genau vier Jahren gab es im Ruhrbergbau die ersten Forderungen wegen Arbeitsmangels, danach der Protestmarsch von 60 000 Bergarbeitern in der Bundeshauptstadt. Schon damals trugen die in Bonn protestierenden Bergarbeiter Transparente mit der Forderung nach einem "Schwarzen Plan" und die IG Bergbau und Energie forderte von der Bundesregierung eine Entscheidung darüber, welchen Anteil die einzelnen Energieträger an der Energieversorgung haben sollen. Das war schon 1958/59. Es ist nicht bekannt, dass sich Ministerpräsident Meyers zur damaligen Zeit für einen "Energieplan" eingesetzt hätte.

Auch die im weiteren Verlauf der Kohlenkrise erfolgten Zechenstilllegungen hätten der Landesregierung Nordrhein-Westfalens viel Gelegenheit gegeben, mit der Bundesregierung gemeinsam um die Lösung der Kohlenprobleme bemüht zu sein. Doch auf eine solche Hilfe warteten die Bergarbeiter vergebens. Dabei hätte Herr Meyers es insofern leicht gehabt, als er es in Bonn doch mit seinen eigenen Parteifreunden zu tun hat.

Warum entdeckt nun Herr Meyers urplötzlich sein Herz für den Bergbau? Das zeigt ein Blick auf den Kalender. Der Politiker Meyers möchte bei den über 400 000 Beschäftigten im Ruhrbergbau und im Aachener Revier mit dem von ihm geforderten "Energieplan" um Ruhe und Zuversicht werben, denn Mitte des Jahres wird in Nordrhein-Westfalen der Landtag neu gewählt. Dann entscheiden auch die Stimmen der Bergarbeiter und ihrer Familienangehörigen mit darüber, ob Herr Meyers weiterhin Ministerpräsident bleibt oder nicht.

Natürlich hat eine Landesregierung in ihrem Bereich Ordnung zu schaffen. Das ist ihre Aufgabe; doch nicht erst vor den Wahlen. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens muss sich die Frage gefallen lassen, warum sie nicht schon zur rechten Zeit initiativ geworden ist. Das Energieproblem kann nicht als Wahlspeck eines Landtagswahlkampfes angeboten oder gar gelöst werden, sondern bedarf der überlegten Zusammenarbeit aller verantwortlichen Stellen. Zeit genug dazu war in Bonn und Düsseldorf, nur - bisher hat man nichts getan. Es bleibt deshalb keine andere Schlussfolgerung als die, die CDU-Landesregierung unter Franz Meyers hat versagt. Daran ändert ein "Energieplan" - vier Jahre zu spät, und kurz vor den Wahlen - nichts mehr.

Die Kunst dem Volke

Zwölfter Kunstkalender der Arbeiterwohlfahrt

Bdt. - Lotte Lenke ist selbst viel zu kunstbegeistert, als daß sie es sich nehmen ließe - trotz ihres überreichlich ausgefüllten Arbeitstages als Vorsitzende und Hauptgeschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt -, die alljährliche Kunstausstellung der Arbeiterwohlfahrt zu eröffnen und die ersten Besucher durch die Räume zu geleiten. Von elf Frauen und dreißig Künstlern männlichen Geschlechts ist diese bemerkenswerte Ausstellung diesmal gespickt, von Frau Gertrud Sentke mit einem Kompositionsgefühl zusammengestellt, wie man es in Kunstausstellungen selten zu spüren bekommt. Eben wegen dieses hervorragend abgestimmten Gesamteindrucks wäre es verfehlt, eine Wertung der einzelnen Bilder zu versuchen.

Erwähnt sei als ein Beispiel für überragende Reife in Form-, Farb- und Sinngebung lediglich Elisabeth Balwé-Stammer. Alle diese Bilder in den Räumen des Zentralgebäude der Arbeiterwohlfahrt in Bonn werden in Kürze einem Auswahlkomitee vorgelegt, in dem - unter der Beratung von zwei Professoren der Kunstgeschichte - ausschließlich Laien (die in der Sozialarbeit tätig sind), darüber entscheiden, welche Bilder in den nächsten Kunstkalender der Arbeiterwohlfahrt aufgenommen werden.

Dieser "Kleine" Kalender ist jetzt mit 100 000 Exemplaren wohl der größte Kunstkalender, der in Deutschland erscheint. Von Jahr zu Jahr "avantgardistischer", ohne jemals sein Publikum zu überfordern, dankt er seine steigende Beliebtheit der Sorgfalt, mit der ihn Frau Sentke jedes Jahr zusammenstellt und jedes einzelne Kunstwerk mit hervorragenden Erläuterungen versehen. Zahllose Zeichenlehrer machen sich ein Vergnügen daraus, diesen Kalender als Lehrmittel zu benutzen. Das ist gut so, denn dieser kleine Kunstband, der mehr als ein Kalender ist, löst eine kunstverzieherische und damit auch eine sozialpädagogische Aufgabe. Er steht ganz im Zeichen der nun schon weit über ein halbes Jahrhundert alten Lösung "Die Kunst dem Volke". Er wird aber mit vollem Bewußtsein dafür gemacht, daß die Kunst von heute anders aussieht, als die von vor 50 Jahren.

Was wird aus Albanien?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Ist der Balkan auch längst nicht mehr das klassische "Fulverfass" Europas, scheint er noch immer ein ergiebiges Fass für sensationelle politische Spekulationen geblieben zu sein. Besonders in letzter Zeit kann man im Zusammenhang mit dem in Albanien entstandenen politischen Vakuum verschiedene Theorien wachsen hören, wobei die territoriale Aufteilung Albaniens zwischen Jugoslawien und Griechenland in verschiedenen Varianten gesponnen wird.

Solche Theorien sollten auch dadurch nicht glaubhafter werden, dass sie von namhaften Publizisten in noch namhafteren Weltblättern unter Berufung auf irgendwelche leider niemals benannte Quellen aufgegriffen werden. Nach der allerletzten, aber sicherlich nicht letzten Version soll Chruschtschow seinem ideologischen, aber keineswegs politischen Widersacher Tito angeboten haben, Albanien zu "schlucken".

So schwer zu ergründen sein mag, wie sich der Krenlgewaltige die Lösung der albanischen Frage vorstellt, gibt es aus Belgrader Sicht doch einige objektive Faktoren, die bei solchen Kalkulationen immer leichtfertig übergangen werden. Gerade die Tatsache, dass sich Chruschtschows angeblicher Vorschlag an Tito auf ein ähnliches Ansinnen Stalins in "besseren Zeiten" berufen kann, entwertet diese Theorie massgeblich. Wenn Belgrad sogar die "Freundschaftliche Annexion" seines kleinen Nachbarn in der Zeit vor dem Kominformkonflikt abgelehnt hat, dürfte es dafür gute Gründe gehabt haben. Abgesehen von allen prinzipiellen Erwägungen, die nicht leichtfertig in den Wind geschlagen werden sollten, dürfte einer der materiellen Gründe darin gelegen haben, dass sich der bereits eine Million Albanier zählende jugoslawische Staatsverband nicht noch mit weiteren 2,5 Millionen Menschen dieser Nationalität belasten wollte. Auch heute müsste damit gerechnet werden, dass trotz 16 Jahren terroristischer Schreckensherrschaft Hedschas in Albanien eine solche Volkengruppe einen ständigen Sprengstoff für die Integrität eines anderen Staates darstellten würde.

Bei einer Annexion Albanien ist nicht nur in dieser Hinsicht nichts zu gewinnen. Eine Einverleibung Albanien würde Jugoslawien nur noch ein weiteres "unterentwickeltes Gebiet" eintragen, woran das Land auch heute nicht arm ist und deren wirtschaftliche Entwicklung ihm genügend Sorgen bereitet. Abgesehen von allen diesen Aspekten, negiert jede Annexionstheorie jedoch die Existenz der UNO. Wenn nichts anderes, müsste Belgrad aus Rücksicht auf die Bedeutung, die es der Weltorganisation und seinen Beziehungen zur blockfreien Welt beimisst, jedes derartige Ansinnen ablehnen. Hat es doch dabei mehr zu verlieren als zu gewinnen. Bei einem solchen Stand der Dinge müsste es ausserordentlich Überrascher, wenn Belgrad auch nur in Gedanken mit der Idee spielen sollte, Chruschtschow seine Albanien Sorgen abzunehmen.

Dass Belgrad auch nicht an eine versteckte Form einer Annexion in Form eines inszenierten "Befreiungskrieges" glaubt, beweist nicht zuletzt der Abtransport mehrerer hundert in Jugoslawien in einem Flüchtlingslager stationiert gewesener albanischer Flüchtlinge nach Belgien. Diese stillschweigende Massnahme steht in einem unlösbaren Widerspruch zu den sensationell klingenden Kombinationen über die Zukunft des albanischen Zwergstaates, die auch trotz vielfacher Wiederholung nicht glaubwürdiger werden. Eine Verschiebung der politischen Fronten auf dem Balkan ist zweifellos bereits im Gange, wobei es auch politischen Hellsehern schwerfallen dürfte, ihre definitive Entwicklung vorauszusagen. Darum jedoch eine geographische Grenzverschiebung zu erwarten oder Belgrad zu unterstellen, das scheint alles andere als gerechtfertigt zu sein.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler